

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandshaus: Nachrichten Dresden
Verlags- und Druckerei: 10041
Karl für Nachrichten Nr. 10011
Schulzeberg u. Hauptstraße 10011
Dresden - N. 1, Marienstraße 55/58

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 RM. (einmalig 1,20 RM. für
Zeitung), durch Postbesug 2,40 RM. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postaufschlaggebühren
bei Totalabnahme). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Deutschlands 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 20 mm breite Zeile 50 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und
Geldanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 100 Pfg.,
außerhalb 150 Pfg. Offertenblätter 30 Pfg. Unentgeltliche Beiträge gegen Voranbestellung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Bühlstraße 10, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, N. 1, Schulzeberg 10011, Verlags-
Schulzeberg werden sich. aufbewahrt)

Der Reichshaushaltplan für 1931

Im Zeichen äußerster Sparsamkeit

Berlin, 3. Nov. Der Reichshaushaltplan für 1931 wird am Dienstag dem Reichsrat vorgelegt werden. Er schließt im ordentlichen Haushalt mit rund 10,4 Milliarden RM. in Einnahmen und Ausgaben ab, wozu noch der außerordentliche Haushalt in Höhe von rund 237 Millionen RM. tritt. Im Haushaltsgesetz ist vorgesehen, daß die Ueberweisungen an die Länder um 100 Millionen RM. gekürzt werden. Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels sind mit 350 Millionen eingelegt. Die für den 1. April geplante 6 prozentige Kürzung der Beamtengehälter ist bereits berücksichtigt, so daß in allen Haushaltsplänen die Aufträge für den Personalaufwand verringert worden sind.

Im Haushalt des Reichstages

Ist infolge der Vermehrung der Abgeordnetenzahl die Entschädigung an die Eisenbahn für die freie Fahrt der Abgeordneten um 222 000 RM. auf rund 1,5 Millionen RM. erhöht worden. Unter den einmaligen Ausgaben wird 1 Million RM. als erster Teilbetrag für den weiteren Grunderwerb zur Errichtung eines Neubaus der Reichstagsverwaltung angefordert.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes

betragen die fortwährenden Ausgaben rund 56 Millionen RM. gegenüber 60 Millionen RM. im Jahre 1930. Herabgesetzt werden u. a. die Mittel für die Förderung des deutschen Nachrichtenwesens, für die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zum Ausland und zur Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland.

Auch im Haushalt des Reichsinnenministeriums

haben sich fast alle Aufträge zur Förderung bestimmter Zwecke eine Kürzung gefallen lassen müssen, darunter die Mittel zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke, der Theaterförderung und der künstlerischen Handwerkskultur, ferner zur Förderung des Turn- und Sportwesens und der Volkswirtschaft. Auch bei den einmaligen Ausgaben sind Entfernungen erfolgt, so bei den studentischen Wirtschaftsbüchsen, bei den Mitteln für die Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums. — Der Haushalt des

Reichswirtschaftsministeriums

welt gleichfalls eine Erparung von rund 4 Millionen Reichsmark auf. Allein beim statistischen Reichsamt werden 3,5 Millionen Reichsmark weniger angesetzt. Im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erfordern die Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung mit rund 235 Millionen Reichsmark infolge der Zunahme der Renten gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 16 Millionen Reichsmark. Im Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Mittel für die Arbeitslosenversicherung um 100 Millionen Reichsmark auf 400 Millionen Reichsmark erhöht worden. Um rund 7 Millionen Reichsmark wurden die Ausgaben für die landwirtschaftliche Siedlung gekürzt. Kürzungen haben auch erfahren die Mittel zur Förderung der privaten Volkshochschulpflege, für die Blindenfürsorge und andere soziale Aufgaben. — Im Haushalt des

Reichswehrministeriums

ist eine Ausgabenkürzung um insgesamt 7 Millionen Reichsmark vorgesehen, und zwar 4,5 Millionen Reichsmark für das Heer, 2,5 Millionen Reichsmark für die Marine. Der 1930 beantragte Abbau der Heeresstärke wird fortgesetzt. Insgesamt sollen 397 Heamile, Offiziere, Angehörige, Unteroffiziere und Mannschaften eingesparrt werden.

Bei der Marine

werden Einnahmen von etwa 3 Millionen Reichsmark aus dem Verkauf von nicht mehr dienftfähigen Schiffen erwartet. Der Abschnitt „Einmalige Ausgaben des Haushalts der Reichsmarine“ beginnt mit folgender Vorbemerkung: „Regelung der Ersatzfrage:

a) Kriegsschiffe (Panzerfahrzeuge, Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboots) werden — außer im Falle ihres Verlustes — nach Ablauf ihrer Lebensdauer ersetzt. Die Lebensdauer beträgt 30 Jahre für die Panzerfahrzeuge und Kreuzer, 15 Jahre für die Zerstörer und die Torpedoboots, vom Tage des Stapellaufes an gerechnet;

b) Hilfskriegsfahrzeuge (alle übrigen Schiffe und Fahrzeuge) werden nach dem Grade ihrer Abnutzung und der Planung für ihren Sonderzweck ersetzt.
Der „Schiffbauveranschlagung“ ist dem Haushalt als Beilage angefügt. Er sieht u. a. vor, daß das Panzerschiff „Erzsaß Preußen“ (Gesamtkosten 75 Millionen) auf den Deutschen Werften in Kiel 1932 fertig wird. Das Panzerschiff „Erzsaß Völspergen“ (75 Millionen) soll 1931 auf der Marinewerft begonnen, 1934 fertiggestellt werden. „Erzsaß Braunschweig“ soll 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt werden. „Erzsaß Ostpreußen“ soll 1931 fertig werden und insgesamt 42 Millionen kosten. Vier Kreuzer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge 1931 bis 1932, fünf Torpedoboots ab 1936 gebaut werden. Artillerieaufklärer „Erzsaß Draach“ (Gesamtkosten 2,54 Millionen) wird 1931 auf der Marinewerft fertig. Artillerieaufklärer „Erzsaß Bay“ soll 1936 auf Kiel gelegt werden. Der Bau von sechs Ersatzminensuchbooten soll 1935 beginnen, sieben Sperrübungsfahrzeuge für 1,5 Millionen sollen 1931 bis 1932 gebaut werden. Als Gesamtkostenbetrag der Schiffsbauarbeiten wird für die sechs Jahre des Planes die Durchschnittssumme von 50 Millionen angegeben.

Unter den einmaligen Ausgaben des Reichswehrministeriums erscheint auch „in Zukunft des Reichswehrministeriums zur Umgestaltung der „Neuen Waffe“ zu einer Gefährlichen

gebährnisstätte in Höhe von 155 000 Mark. Nach dem Kriegsflottenhaushalt

für 1931 betragen die deutschen Kriegsflotten insgesamt 8,812 Milliarden Reichsmark gegen 4,0619 Milliarden Reichsmark im Jahre 1930. Der Rückgang beträgt somit 250 Millionen und unter Dinzurechnung der im Vorjahre gezahlten Sonderumlage für die internationale Reparationsbank von 66 Millionen Reichsmark 315 Millionen. — In dem Haushalt des

Reichsernährungsministeriums

für 1931 sind unter den einmaligen Ausgaben wieder 7,5 Millionen Reichsmark für die Bewegung der Getreideernte vorgesehen. Für Zinsverbilligung, für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen sind 4 1/2 Millionen anstatt 2 1/2 Millionen Reichsmark eingelegt. Die Mittel zur Zinsverbilligung für die Milchwirtschaft sind gegenüber dem Vorjahre vermindert; sie sollen 1,5 Million Reichsmark ausmachen. Vermindert ist dagegen der Betrag zur Förderung der landwirtschaftlichen Betriebsumstellung und Abgleichförderung von 12,6 Millionen auf nur 10,25 Millionen Reichsmark. Für die Stärkung der Schlachttiermärkte werden nur 4 (statt 5) Millionen Reichsmark ausgemessen. Die Beihilfen zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbewertung sind um 500 000 Mark auf 1,9 Millionen Mark erhöht worden. Im Haushalt des

Reichsverkehrsministeriums

fällt der von den Ländern zu übernehmende Reichswasserschub ab 1. April fort. Für die Luftfahrt sind insgesamt 39 Millionen Reichsmark vorgesehen, wovon etwa 19 Millionen Reichsmark zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Luftschiffahrt und 1,1 Million Reichsmark für Versuchsfahrten des Zeppelins bestimmt sind.

Einer der größten Haushalte ist der Haushalt für Versorgungs- und Nahgeschäfte

mit einer Gesamtausgabe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Gegenüber dem Vorjahre sind hier Kürzungen von insgesamt 104 Millionen Reichsmark erfolgt, denen stehen einige Mehraufträge in Höhe von 8 Mill. Reichsmark gegenüber, so daß im ganzen der Haushalt eine Kürzung von 96 Millionen Reichsmark hat. Der Kriegsflottenhaushalt fordert für die Unterhaltung der Frankenschiffen an der Saargrenze 5 Mill. Reichsmark an, gegenüber 7,5 Millionen im Vorjahre. Auch die Mittel für die Dampfschiffe — insgesamt etwa 90 Mill. Reichsmark — werden angefordert. Als restliche Belohnungs- und Räumungskosten sind 7,4 Mill. Reichsmark eingelegt, gegenüber 48 Millionen im Vorjahre.

Sachsen im neuen Reichshaushalt

Dresden, 3. Nov. Der Reichshaushalt für 1931 steht im Zeichen äußerster Sparsamkeit. Reuanforderungen sind soweit wie möglich vermieden worden. Es werden lediglich die laufenden Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln weitergeführt. Insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrs- und Bauwesens hat man sich im wesentlichen auf die Fortführung benutzener Bauten beschränkt. Im Kriegsflottenhaushalt werden 40 000 Mark für Arbeiten an der sächsisch-tschekischen Grenze aufgeführt. An der deutsch-tschekischen Grenze werden auf Grund des Verfallens der Verträge seit längerer Zeit Vermessungs- und Vermarkungsarbeiten durchgeführt, deren Kosten je zur Hälfte von Deutschland und der Tschechoslowakei getragen werden. Von dem deutschen Kostenanteil entfällt je die Hälfte auf das Reich und das anliegende Land Sachsen. Im Reichshaushalt für 1931 werden für den Ausbau der Landberger Straße in Leipzig 120 000 Mark Anliegerbeiträge angefordert. Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums für 1931 stehen 98 000 Mark für den Neubau des Postamtes Bad Brambach und 60 000 Mark für die Instandsetzung der Mühlberger Straße im Gutsbezirk Reithain. Im Justizhaushalt für 1931 sind 28 400 Mark zur Errichtung neuer Kanzleiräume im Dienstgebäude des Reichsgerichts enthalten.

Das Pariser Echo des Brüning-Interviews

Paris, 3. Nov. Die Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning gegenüber einem Vertreter des „Petit Parisien“ abgegeben hat, hat in der Pariser Presse lebhaft Beachtung gefunden. Der „Temps“ hält die Ausführungen Dr. Brüning für sehr viel genauer, als alle bisher von verantwortlichen deutschen Ministern gehaltenen Reden. Die Entwidlung der deutschen Politik nach der Ratifizierung der Haager Abkommen und der Räumung des Rheinlandes habe bei den Alliierten zu viel Mißtrauen erweckt, als daß man nicht jede von der Reichsregierung ausgehende Initiative beobachtet müßte. Wenn Dr. Brüning die Grundfrage der deutschen Außenpolitik in der ehrliehen Durchführung der internationalen Verträge und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker sehe, so müsse dem gegenübergehalten werden, daß es sich bei der jetzigen Regierung um ein Ministerkabinet handele, das dem starken Druck der Reichsparteien ausgesetzt sei. Es müsse ferner die Frage aufgeworfen werden, ob die Regierung auch immer in der Lage sein werde, sich auf dem Gebiet der ehrliehen Durchführung der Verträge und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker zu bewegen. Die Reichsregierung werde sich in Zukunft an die Politik Stresemanns halten, die Deutschland große Vorteile gebracht habe. Die Erklärung Dr. Brüning sei auf alle Fälle bemerkenswert und es sei zu wünschen, daß die Verhandlungen des Reichskabinetts die Ehrliehkeit dieser Erklärung bestätigen.

Schwarz-rote Sonderpolitik

Am Dienstag geht der große Wechsel im Berliner Polizeipräsidenten vor sich. Genosse Jürgel hat sich ehrlieh bemüht, die Polizei in Berlin zu einem treuen Instrument der Republik auszubauen. Aber harte Zeiten erfordern harte Männer. Braun, Preußens Diktator, sieht Gefahren für das sozialdemokratische Volkwerk nahen. Ein neues Volkserbegehren ist in Sicht. Es soll ein Ende mit der schwarzen Koalition machen. Der Landtag soll aufgelöst werden. Zustände sollen im geliebten Lande Preußen entstehen, wie in Sachsen, wo niemand etwas von der Sozialdemokratie in Amt und Würden wissen will, oder entschlicher, wie in Thüringen oder gar in Braunschweig, wo sogar die Nazis über das Innen- und Polizeiministerium gebieten. Ach! Man denkt mit Schrecken an das Tributvolksbegehren zurück, dem man nur durch Raub der in der sonst so faktankten Verfassung verbrieften politischen Freiheiten der Beamten einigermaßen entgegenwirken konnte. Und diesmal geht es für die Sozialdemokratie um mehr! Es geht um Kosten, unflüchtige Kerner und lebenslängliche Pfändern. Da braucht man eiserne, sturmetprobte Genossen. Arm in Arm fordern die drei Köpfe der Sozialdemokratie, Otto Braun, Karl Severing und Grafsmilch, ihr Jahrhundert und die Reichsparteien in die Schranken. Was sieht sie noch ein Volksbegehren an, was kümmert sie Brüning's Notprogramm, das ehemals als ultrareaktionär so heftig beschiedete. Die Sozialdemokratie hat es im Reichstag gebildet und sich vom Zentrum dafür den Kaufpreis in Preußen nicht zu knapp zahlen lassen.

Während Brüning in den Landen umherreist und Stimmung für sein Sanierungsprogramm zu machen sucht, indem er bald hier ein liebes, unverbundliches Wort spricht, bald dort ein Extrawort in Aussicht stellt, glaubt Dr. Brüning, er sei wieder einmal der Mann des Tages. Mag die Volkspartei noch so sehr betonen, daß ein klarer, antimarxistischer Kurs nötig sei, mag sie ein eindeutiges Bekenntnis ablegen für eine Rechtsregierung, mag sie sich zu einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bekennen. Das schließt das den Reichsinnenminister. Er wandelt unbefürchtet darum, daß Brüning's Kabinet doch eigentlich antimarxistisch sein wollte und nur in dieser Eigenschaft vom Reichspräsidenten legitimiert wurde, sein alles Thema ab: Der Feind steht rechts. Er macht das nach den bewährten Rezepten, die Braun in Preußen gegen nationale Zeitungen ausprobiert hat. Rämlich mit Stockprügeln auf den Magen. Noch immer bekommt Thüringen seine Polizeigelder nicht. Aushungerung! Der Prozeß in Leipzig schwebt und schwebt. Brüning bringt einen Beweisanzug nach dem anderen. Und wenn das Gericht die Beweisaufnahme schließen will, stellt er flugs einen weiteren Beweisanzug in Aussicht. Und Thüringen wartet und wartet vergebens auf die ihm bis heute entzogenen Polizeigelder. Was sagen zu diesem Vorgehen die Volkspartei und die Wirtschaftspartei? Die thüringische Regierung ist doch — was viele zu vergessen schelen — keine nationalsozialistische, sondern eine nationale Aufbauregierung aller Reichsparteien. Volkspartei und Wirtschaftspartei unterstützen die Reichs- und die thüringische Regierung. Warum lassen sie im Reiche zu, daß Herr Brüning die guten, ja glänzenden Leistungen, die ihre Parteigenossen Hand in Hand mit den übrigen Reichsparteien — auch den Nationalsozialisten — vollbracht haben, durch ein System unfairer Aushungerung zu zerstören trachtet? Nicht etwa aus einem triftigen Grund. Sondern weil Brüning offenkundig das Bedürfnis hat, seinen preussischen Freunden zu zeigen, daß er der alte Fanatiker gegen rechts geblieben ist, der er als Erfüllungszähler war. Deshalb auch der Fusarenritt gegen Braunschweig, der mit einem völligen Rückzug Brüning's endete.

Offenkundig fühlt sich Brüning durch seinen Misserfolg gegen Braunschweig etwas unsicher. Warum hätte er sonst so merkwürdig gewundene Heeresberichte wegen seines Rückzuges herausgegeben. Auch die Verschleppung der Entscheidung über Thüringen wird sich nicht bis zum St. Nimmerleinstag durchführen lassen. Herr Brüning braucht also eine Stütze, einen starken Mann, genau so wie Braun in diesen schlimmen Zeitläuften Severing und Grafsmilch benötigte. Er hat ihn jetzt in dem Vorstandsmitglied des Reichsbanners, dem früheren Reichspressechef Ministerialdirektor Spieker, gefunden, der seiner parteipolitischen Stellung nach ganz eindeutig als Verbindungsmann des Zentrums zur Sozialdemokratie charakterisiert ist. Seine spezielle Aufgabe ist die amtliche Befämpfung der nationalen Bewegung. Offiziell heißt es, seine Aufgabe sei das „Studium“ radikaler Strömungen. Wofür doch das Reich plöglich wieder Gelder hat. Noch kürzlich sagte uns der Reichsfinanzminister, daß das Defizit des Reichs die phantastische Summe von 1 1/2 Milliarden erreicht habe und das Defizit der Kommunen eine halbe Milliarde. 30 neue Steuererlese werden angefordert. Ein Kredit von einer halben Milliarde im Ausland ist nötig. Sparsamkeit ist das eiserne Gebot der Stunde. Aber für die Zwecke der primitiven Staatskunst des Dr. Brüning und seines Freundes Spieker ist plöglich Geld da. So soll nach Meldungen, die immer noch des Dementis harren, die höchst unnütze Reichszentrale für Hei-